◆ Kunststoffe aus Pilzen und Mikroorganismen? Das geht. Allerdings sind solche Verfahren noch weit davon entfernt, in der Produktion eingesetzt werden zu können. **Seite 2**

◆ Über und unter den Wolken das Gefühl grenzenloser Freiheit. Waldemar Kloos ist Betriebsrat bei Coko. Sein liebstes Hobby ist das Fallschirmspringen. Interview auf **Seite 4**

nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.58 | Frühjahr 2023

Die Zukunft ist grün

Die IG Metall Detmold ergreift die Initiative: Die Kunststoffindustrie in Lippe muss sich für die Zukunft aufstellen. Das gelingt nur, wenn die Beschäftigten mitgenommen werden.

Kunststoffe müssen sich ändern.Und damit auch die Kunststoffindustrie. Das heißt: weg vom Erdöl als Rohstoff. Anders lassen sich die Klimaziele nicht erreichen. »Kunststoffe müssen dekarbonisiert werden, die Abkehr von kohlenstoffhaltigen Grundstoffen muss gelingen«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold. (siehe auch Seite 2 oben)

Damit hat für Kunststoffindustrie ein Wettlauf gegen die Zeit begonnen: Gelingt es, innerhalb der nächsten Jahre Alternativen zu entwickeln? Wie kann der Kunststoff der Zukunft aussehen? Zu welchen Kosten kann er hergestellt werden?

Die IG Metall Detmold ist mit Sicherheit kein Forschungslabor. Aber sie mischt sich ein, weil es ihr um die Branche und die rund rund 5.000 Menschen und Arbeitsplätze geht, die dahinter stehen. Lippe ist Kunststoffland. Und das soll auch so bleiben.

Die IG Metall Detmold geht das Thema nun verstärkt an. Strukturen für ein größeres Projekt mit dem Arbeitstitel »Plastic goes green« sind entstanden. Der Weg zum grünen Kunststoff wird auch die Arbeitsplätze verändern, auch wenn noch nicht deutlich ist, in welchem Umfang und an welchen Stellen. »Es wäre mehr als fahrlässig, sich nicht heute in die laufenden Entwicklungen einzuklinken. Die Veränderungen werden kommen, wir wollen sie auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern mitgestalten«, sagt Daniel Salewski. Zentrales Ziel ist es dabei, die Arbeitsplätze so umzubauen, dass sie erhalten bleiben.

Eine Gruppe von Betriebsräten aus den verschiedenen Kunststoffbetrieben hat sich inzwischen gebildet, die sich gemeinsam mit der IG Metall des Themas annehmen wird. Geplant sind Workshops und eine Befragung in den Betrieben. »Wir wollen wissen, was die Kolleginnen und Kollegen denken, was ihnen wichtig ist und ob sie eigene Ideen haben, wie der Prozess gestaltet werden könnte«, fügt der Erste bevollmächtigte an. Eine Folge der Befragung könnte eine genauere Branchenanalyse sein, um belastbare Daten zu haben, die die Grundlage für die weiteren Überlegungen und Vorschläge bilden.

Heraus zum 1. Mai!

Die IG Metall ruft zur Beteiligung am 1. Mai in Detmold auf. Los geht es um 11 Uhr auf dem Kronenplatz, das Fest findet dann ab 12 Uhr auf dem Marktplatz statt. In diesem Jahr werden auf dem Marktplatz einige Stände aufgebaut sein. Die Idee: Gespräche und Begegnungen direkt vor Ort. Neben den DGB-Gewerkschaften werden unter anderem auch die Verbraucherzentrale, der Sozialverband VDK, Amnesty International und Fridays for Future präsent sein. Zum bunten Programm gehören auch Verpflegungsstände und Musik. Das Motto in diesem Jahr: »Ungebrochen Solidarisch«. Die Demonstration wird auch einen Zwischenstopp bei der Ausstellung »ToleranzRäume« im Rosental einlegen. Die Ausstellung lädt ein, wie Toleranz im Zusammenleben funktioniert. Sie ist in Detmold vom 29.April bis 14. Mai zu sehen. ➨ Mehr: toleranzraeume.org

vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

immer mal gerne wird behauptet, es drohe eine »Lohn-Preis-Spirale«. Steigende Löhne verursachten steigende Preise. In der Praxis ist das längst widerlegt. Die Preise steigen aus ganz anderen Gründen: weil Rohstoffe teurer werden, der Transport oder die Energie. Selbst wenn jetzt die Beschäftigten der Post 15 Prozent mehr Lohn fordern, wollen sie letztlich nur einen Inflationsausgleich erreichen und als schwer arbeitende Beschäftigte an den enormen Gewinnen der Post beteiligt werden. 2021 verbuchte der Konzern über 5 Milliarden Euro Gewinn, über Zweidrittel mehr als noch 2020. Für 2022 werden ähnliche Zahlen erwartet.

Die Beschäftigten hingegen müssen sehen, wie sie ihre Kosten decken. In den Betrieben sind die Energie- und Lebensmittelpreise weiter ein großes Thema bei den Kolleginnen und Kollegen. Die Inflation wird auch 2023 hoch bleiben. Im Vergleich zu 2020 werden wir bald ein Viertel der Kaufkraft verloren haben. Das ist gigantisch viel und trifft vor allem diejenigen, die sowieso ständig rechnen müssen, wie sie über den Monat kommen.

Während die meisten großen Konzerne ihre Gewinne kräftig steigern, werden die Brötchen der Arbeiter immer kleiner. Da stimmt doch was nicht. Tarifverhandlungen alleine werden das nicht ausgleichen können. Es braucht ein Umsteuern in der Gesellschaft. Eine echte Umverteilung der durchaus vorhandenen Reichtümer. Da ist der Gesetzgeber gefragt. Wer sehr viel hat, soll auch mehr geben.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold

fett-ecke

Wo die Eigenverantwortung fehl am Platze ist

Es ist ja nicht so, dass Krankheiten behandeln zu lassen, heute umsonst wäre. Wer zum Zahnarzt geht und nicht nur nicht besonders langlebigen Zement in seinen Zahn gefüllt sehen will, muss kräftig zuzahlen. Von Brücken, Kronen und Zahnersatz ganz zu schweigen. Viele Leistungen und Medikamente werden von den Krankenkassen schlicht nicht übernommen.

Nun ist ein Wirtschaftswissenschaftler in die Bütt gegangen, offenbar gut vernetzt mit Medien, denn die berichteten, die ›Bild-Zeitung‹ voran: Bernd Raffelhüschen, offenbar auch vernetzt mit der arbeitgebernahen ›Neue Soziale Marktwirtschaft‹ und mit Aufsichtsratsmandaten in der Versicherungswirtschaft versehen, fordert, dass Gesetzlich Versicherte bis zu 2.000 Euro Selbstbeteiligung im Jahr zahlen sollen. Er spricht sich dafür aus, dass Versicherte nach selbstgewählten Risiken, als Beispiel nennt er Skifahren, komplett selber zahlen sollen. Raucher sollen sich an den Kosten von Behandlungen stärker beteiligen und so weiter.

Diese Ideen sind nicht neu, werden in letzter Zeit aber wieder vermehrt durchs mediale Dorf getrieben. Die Argumente sind dabei ein bißchen beliebig: So fordern Krankenkassen etwa, von der Tabak- und Alkoholsteuer etwas abzubekommen, um die eigenen Finanzen aufzubessern. Am Rauchen und Trinken mitverdienen zu wollen, ist aber nicht gerade eine gesundheitsfördernde Idee.

Und überhaupt macht der Vorschlag, Raucher und weitere Menschen mit einem ungesunden Lebensstil zur Kasse zu bitten, wenig Sinn: Wer raucht, schädigt ohne Zweifel seine Gesundheit. Unterm Strich fallen die Belastungen für die Krankenversicherungen aber geringer aus, weil Raucher deutlich kürzer leben. Davon profitiert nebenbei gesagt auch die Rentenversicherung.

Der Vorschlag passt aber in eine Zeit, in der die Verantwortung des Einzelnen immer stärker betont wird. Wo überhaupt sollte beispielsweise eine Risikogrenze gezogen werden? Welcher Sport ist selbstgewähltes Risiko, welcher verantwortliche Vorsorge, weil Sport ja meistens eher gesund ist? Und was ist ungesund: Müssen Biertrinker oder Süßigkeitenjunkies dann auch mehr bezahlen? Der Vorschlag ist kurz gesagt Quatsch. Aber damit ist das Thema wohl nicht vom Tisch. Es drohen beispielsweise Tarife der Krankenversicherungen, die nach Risiken staffeln. Bei Privaten Krankenversicherungen ist das schon heute so. Sie berechnet Risiken und erhebt kräftige Zuschläge.

Auch bei der Rente droht, dass Eigenverantwortung stärker betont wird. Es liest sich erstmal ganz gut, wenn Frührentner unbegrenzt hinzuverdienen dürfen. Das hat die Bundesregierung neulich beschlossen. Wer also schon etwas früher in Rente kann, weil 45 Beitragsjahre voll sind, bekommt die Rente und kann nebenbei voll arbeiten. Wer Abschläge bei der Rente in Kauf nimmt, kann auch schon noch früher in Rente gehen. In allen Fällen gilt: Die Rente wird gezahlt. Wenn das Einkommen durch die Rente über die Beitragsbemessungsgrenze steigt, müssen für die Altersbezüge sogar keine Krankenkassenbeiträge gezahlt werden. Super: Doppeltes Gehalt!

Genauer hingeschaut, ergibt sich ein anderes Bild: Wer 40 Jahre und mehr malocht hat, träumt überhaupt nicht davon, weiterzuarbeiten. Die Knochen sind kaputt. Das Modell zielt also eher auf die Besserverdienenden, die dann einfach weiter besser verdienen, weil sie neben der Rente noch ein paar Jobs machen. Und: Auch hier wird, schleichend, die Eigenverantwortung nach vorne geschoben. Irgendwann heißt es dann: Sorry, aber die Rentenkasse ist leer, die Rente wird künftig schmaler ausfallen. Aber die Lebenserwartung steigt ja, also geht mal schön weiter arbeiten. Die Rente mit 70 wird ja bereits von interessierter Seite immer mal wieder aufgerufen.

Die IG Metall erteilt allen Versuchen, die Leistungen unter dem Deckmantel einer stärkeren Eigenverantwortung zu kürzen, eine Absage. Eine Krankenkasse muss für alle dasein. Krankheiten gilt es zu behandeln, unabhängig vom Lebenswandel. Und die Rente muss auskömmlich sein, der Renteneintritt mit bald 67 Jahren ist sogar zu spät statt zu früh. Die Finanzierung von Rente und Krankenkasse ist teuer. Wo die Beiträge der Versicherten nicht reichen, muss der Staat auch zukünftig zuschießen statt noch Geld aus der Rentenkasse zu entnehmen. Keine Sorge: Geld ist genug da. Es ist letztlich, wie immer, nur eine Frage, wohin der Staat es verteilt.

kurz berichtet

Tarifabschluss in der Leiharbeit

Die DGB-Gewerkschaften haben sich mit den Leiharbeitgeberverbänden auf steigende Entgelte für die Leihbeschäftigten geeinigt. Die Tarifkommission der IG Metall hat dem Ergebnis zugestimmt. In den Entgeltgruppen 3 bis 9 gibt es ab April 2023 6 bis 9,25 Prozent mehr. Ab Januar 2024 steigen die Entgelte erneut. Bereits 2022 wurden steigende Entgelte in den Entgeltgruppen 1 bis 2b vereinbart. Damit gilt: Ab April 2023 verdient niemand in der Leiharbeit weniger als 13 Euro.

Offen ist jedoch die Inflationsausgleichsprämie. Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie erhalten insgesamt 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei. Diese will die IG Metall nun auch für die Leiharbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie mit den Leiharbeitsverbänden BAZ und IGZ vereinbaren.

Dazu werden Verhandlungen und Druck nötig sein. Ganz vorne weg bei dem Thema ist allerdings die IG Metall Detmold. Sie hat die Inflationsausgleichsprämie bereits tarifvertraglich mit dem »Netzwerk Lippe« festgezurrt. Das »Netzwerk Lippe« zahlt Leiharbeitsbeschäftigten übrigens auch bereits ab dem 1. Tag »Equal Pay«.

Tarifrunde kommt

Seit 1. Januar 2023 gibt es 2,2 Prozent mehr Geld. Das war die letzte Erhöhung im laufenden Entgelt-Tarifvertrag. Nun rückt die Tarifrunde 2023 in der lippischen Kunststoffindustrie näher. Die Laufzeit des aktuellen Tarifvertrags endet zum 30. September. Im Juni wird die IG Metall-Tarifkommission, die sich vor allem aus Betriebsräten einzelner Kunststoffbetriebe in Lippe zusammensetzt, die Forderungen beschließen. Zuvor gilt es betrieblich die Forderungen zu diskutieren. Sprich mit Deinen Kollegen und dem Betriebsrat, was Dir wichtig ist. Die IG Metall Detmold bereitet zudem eine Befragung genau zu diesem Thema vor. Angesichts der enormen Inflation wird es auf jeden Fall eine herausfordernde Tarifrunde. Fest steht schon jetzt: Nur gemeinsam werden wir ein ordentliches Lohnplus erstreiten können.

Klinikum sichern

Der Geschäftsführer des Klinikums Lippe sieht sich verleumdet und kündigt rechtliche Schritte an. Die IG Metall und viele weitere Akteure fordern den Aufsichtsrat des Klinikums hingegen auf, den Geschäftsführer Johannes Hütte zu entlassen. Es gelte, die medizinische Versorgung zu sichern. Mehr Infos in der Petition (QR-Code).

Plastik muss anders werden

Kunststoffe sind super. Doch zugleich treiben sie den Klimawandel, solange die Grundstoffe aus Erdöl gewonnen werden. Die Industrie muss sich also wandeln – und zwar rasch.

Die Kunststoffindustrie muss grün werden, sonst hat sie schon bald keine Zukunft mehr. Daran lässt sich nicht mehr rütteln. Denn die Erderwärmung steigt. Werden weiter so viele fossile Energien verbraucht, haben die meisten Menschen keine Zukunft mehr auf der Erde. Die Politik hat reagiert und Ziele formuliert. Es gibt das Pariser Klimaschutzabkommen, das Paket »Fit for 55« der Europäischen Union und weitere nationale und internationale Abkommen. In der Summe ist davon auszugehen, das 2050 Schluss ist mit der Erzeugung von Kunststoffen aus Erdöl. Bis dahin soll sich der Treibhausgasausstoß im Vergleich zum Jahr 1990 um mindestens 80 Prozent verringern.

Möglicherweise kommt der Ausstieg aus Kohle, Gas und Öl auch schon früher, weil der Druck weiter steigt, mehr zu tun. Denn aktuell hängen fast alle Staaten der Welt deutlich hinter den Klimaschutzzielen zurück.

Plastik trägt mit rund 5 Prozent in erheblichem Maße zur globalen Erwärmung bei. Zugleich wächst die Nachfrage nach Kunststoffen. Weltweit hat sich die Kunststoffproduktion in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Schätzungen gehen davon aus, dass dieser Trend anhält und sich bis 2050 noch einmal vervierfacht.

Kunststoffe sind eine tolle Sache. Sie sind mal hart, mal weich, sie sind leicht, langlebig und kostengünstig. Und weil sie so attraktiv sind, schaffen sie eine Menge Probleme. Nicht nur bei der Herstellung fällt jede Menge des klimaschädlichen Kohlendioxid an. Auch am Recycling mangelt es. Zum großen Teil, weil Kunststoff immer noch zu häufig nicht getrennt entsorgt wird, zum anderen, weil sich Kunststoffe gar nicht so einfach wiederverwerten lassen, etwa wenn verschiedene Kunststoffe übereinander in einer Folie eingesetzt werden.

Der Weg führt also weg vom rein erdölbasierten Granulat hin zu Grundstoffen, die nachhaltiger sind. Aktuell entwickeln Wissenschaftler weltweit solche Verfahren. Plastik käme dann letztlich aus Bioabfällen oder Holz. Pilze, Mikroorganismen oder Insekten könnten Erdöl ersetzen, indem sie neue Grundstoffe entstehen lassen, die dann zu Plastik werden können. Diese Verfahren, die aktuell unter dem Stichwort »Bioökonomie« laufen, haben allerdings einen Haken: Sie sind noch sehr teuer.

Und auch noch nicht wirklich grün: Nachwachsende Rohstoffe, die zu Biomasse werden, müssen angebaut werden und würden, wenn sie im großen Stil zur Anwendung kommen, große Anbauflächen verbrauchen. Und die Verfahren brauchen bislang enorme Energiemengen. Die müssten dann aus grünem Strom bereitgestellt werden. Die Herausforderungen sind also riesig. Unter diesen Vorzeichen ist es allerhöchste Eisenbahn, dass sich die Kunststoffindustrie auf den Weg macht. Von der Grundlagenforschung zur Produktionsreife in nur zehn Jahren, so lautet wohl die riesige Herausforderung, die zu bewältigen ist.

Bezahlte Bildungszeit auf Eis gelegt

Die Potentiale vieler Menschen in Arbeit werden nicht ausgeschöpft. Ein Bildungszeitgesetz wird dennoch erstmal geparkt, weil die Bundesregierung sich nicht einig ist.

Arbeitsminister Hubertus Heil will einen »neuen Werkzeugkasten für Weiterbildung«. Das wesentliche Werkzeug darin: Beschäftigte sollen sich bis zu einem Jahr bezahlt weiterbilden können. »Bildungszeit« nennt sich das. Doch die eigentlich schon beschlossene Sache wurde Ende Januar auf Eis gelegt: Die FDP, namentlich Finanzminister Christian Lindner, hat sein Veto eingelegt. Damit wird es aktuell keine Gesetzesvorlage der Bundesregierung geben, aber hinten den Kulissen, im Bundeskabinett, dürfte es weiter beraten werden. »Wir setzten uns für ein Bildungszeitgesetz ein. Und im Gegensatz zur FDP wollen wir als IG Metall sogar noch weitergehende Regelungen erreichen«, sagt Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Detmold.

Die vom Arbeitsministerium vorgelegte Bildungszeit hätte vorausgesetzt, dass sich der Beschäftigte und der Arbeitgeber einigen – von sich aus hätte der Kollege nicht in Bildungszeit gehen können. Und bei der Bezahlung wäre der Arbeitgeber raus gewesen: In der Bildungszeit hätte es Geld vom Staat gegeben, auf der Höhe des Arbeitslosengelds 1 in Höhe von 60 beziehungsweise bei Beschäftigten mit Kind von 67 Prozent.

Die IG Metall hingegen will auch eine Reform des Sozialgesetzbuches und darin eine Bildungszeit – auch in Teilzeit. Sie will diese allerdings auf bis zu vier Jahren ausweiten, um auch eine berufliche Neuorientierung zu ermöglichen. Und es müsse tariflich geregelte Aufstockungen durch den Arbeitgeber geben, weil das Modell sonst für Beschäftigte mit geringem Einkommen ungeeignet sei. »Wer wenig verdient, kann nicht auch noch verzichten, um sich weiterzubilden«, erklärt Daniel Salewski. Dabei gehe es doch vor allem darum, Menschen in einfachen und prekären Beschäftigungen eine Möglichkeit zu geben, sich so zu qualifizieren, dass sie einen besseren Stand in der Arbeitswelt haben und damit auch ein höheres Einkommen erzielen.

Gleiche Arbeit, gleiches Geld

Gleiche Arbeit, gleiches Geld: Dieser Grundsatz sollte immer gelten. Ist aber nicht so. So verdienen Frauen immer noch weniger als Männer – bei gleicher Tätigkeit. In der Europäischen Union wird aktuell an den letzten Formulierungen einer Richtlinie gearbeitet, die garantieren soll, dass Frauen gleich zu bezahlen sind und dass es individuelle Auskunftsansprüche gibt. Bei der Vorlage hat sich die Bundesregierung bedauerlicherweise enthalten.

Es gibt aber immer wieder Arbeitgeber, die das Prinzip der gleichen Entlohnung zu umgehen versuchen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat im Februar 2023 nun geurteilt. Die Beschäftigte eines Metallunternehmen ging vor Gericht, weil sie mitbekommen hatte, dass ihr männlicher Kollege – zur gleichen Zeit mit gleicher Qualifikation eingestellt– deutlich mehr verdient. Beiden sei 3.500 Euro bei der Einstellung angeboten worden, der Mann habe sich aber geweigert, für dieses Geld zu arbeiten. Das Unternehmen gestand ihm daraufhin 4.500 Euro zu. Das BAG bewertete die vom Arbeitgeberverband ins Feld geführte »Vertragsfreiheit« geringer als das Verbot von Diskriminierung. Das Urteil hat Folgen: Arbeitgeber, die einem Beschäftigten mehr zahlen, muss auch allen anderen mit gleicher Qualifikation mehr zahlen. Passiert das nicht, können sich Betroffene vor dem Arbeitsgericht auf das aktuelle Urteil beziehen und sollten dann den entgangenen Lohn plus Zinsen plus eine Entschädigung erhalten.

Ruhigeres Fahrwasser

Die vergangenen drei Jahre waren auch für lippische Kunststoffindustrie turbulent. Im Moment beruhigt sich die Lage etwas. Die Auftragsbücher sind weiter gut gefüllt.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage zufriedenstellend. Unverändert 312 Kolleginnen und Kollegen arbeiten dort; es gab drei Neueinstellungen in den vergangenen drei Monaten. Aktuell arbeiten keine Leiharbeitsbeschäftigten bei Ninkaplast. 12 junge Menschen werden bei Ninkaplast ausgebildet. Überstunden fallen aktuell nicht an, gearbeitet wird von montags bis freitags.

Mit dem Arbeitgeber verhandelt der Betriebsrat demnächst über eine Betriebsvereinbarung zum Jobrad. Damit sollen Beschäftigte leichter mit dem Rad zur Arbeit fahren können. Der Arbeitgeber würde das Rad leasen. Das Modell funktioniert beispielsweise schon bei Honasco.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop ist die Auftragslage weiterhin gut, berichtet der Betriebsrat. Das zeigt sich auch in der Beschäftigtenzahl: Die ist auf 245 gewachsen, Oskar Lehmann hat also in den vergangenen Monaten zehn Kolleginnen und Kollegen neu eingestellt. Gearbeitet wird von montags bis freitags, Überstunden fallen keine an. Die betriebliche Vereinbarung zur zusätzlichen Samstags- und Sonntagsarbeit ist mit Ende Februar ausgelaufen. Zur Zeit werden keine Betriebsvereinbarungen verhandelt.

Bei **Friedrichs & Rath** im Extertal ist die Auftragslage gut. Die ersten Preisanpassungen bei den Kunden aufgrund der gestiegenen Energiebeschaffungskosten sind erfolgreich verlaufen.

Gearbeitet wird von montags bis samstags, Überstunden fallen an. In den vergangenen drei Monaten gab es keine Einstellungen, aber einige wenige Abgänge, so dass die Zahl der Beschäftigten aktuell 224 beträgt. Rund zehn Leiharbeitnehmer werden im Betrieb eingesetzt. Friedrichs & Rath bildet eine Auszubildende im kaufmännischen Bereich aus.

Offen sind weiter die Betriebsvereinbarungen zur Kurzarbeit und zum Mobilen Arbeiten.

Mitte Januar 2023 gab es einen Wechsel in der Geschäftsführung. Neuer Geschäftsführer ist Jürgen Exner. Er war in dieser Funktion bereits von 2008 bis 2012 bei Friedrichs & Rath. Abgelöst hat er Norbert Kortemeyer, der das Unternehmen verlassen hat. »Der Betriebsrat sieht darin eine Chance, die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung wieder auf einen guten Weg zu bringen«, sagt Jutta Kopischke, die Betriebsratsvorsitzende.

Der Betriebsrat berichtet weiter, dass überwiegend alle befristeten Arbeitsverträge weiterhin verlängert wurden.

Friedrichs & Rath ist jetzt auch auf Social Media: Ein Instagram-Kanal wurde eröffnet, wo es in Zukunft neue Informationen vom und über das Unternehmen geben wird. Der Kanal ist noch im Aufbau, soll aber mit der Zeit stetig wachsen.

Von weiter vollen Büchern berichtet der Betriebsrat von **Coko** in Bad Salzuflen. Eine Folge: Mit Zustimmung des Betriebsrats wurden in Teilbereichen an vier Wochenenden Zusatzschichten gefahren. Der Betriebsrat hat jeweils zugestimmt. Erlaubt wäre damit für die kommenden neun Monate nur noch einmal eine Wochenendschicht, außer es würde über eine Betriebsvereinbarung anders genehmigt und die Bezirksregierung stimmt auch zu. »Das ist allerdings wie der Blick in die Glaskugel«, sagt Martin Brummermann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Die Auftragslage ist aktuell sehr gut. Aber Coko hat die Preise erhöht. »In den nächsten Wochen wird sich zeigen, welche Kunden da mitgehen. Bislang haben wir sehr überwiegend positive Signale«, fügt er an. Coko wirbt weiter erfolgreich um Personal. Die Beschäftigtenzahl liegt inzwischen bei 580, das sind rund 30 mehr als noch vor einem halben Jahr. Die Zahl der Leihbeschäftigten ist leicht gestiegen von sechs auf zehn.

Kurz vor Abschluss steht auch bei Coko eine Betriebsvereinbarung zum »Jobrad«. Feinheiten sind noch zu klären, der Betriebsrat ist aber zuversichtlich, dass die Betriebsvereinbarung in Kürze steht. Sie wird gekoppelt an den Tarifvertag, den es dazu bereits gibt. Fragen zum Thema Jobrad beantwortet gerne der Betriebsrat.

Essmann heißt nicht mehr Essmann. Schon länger gehört der Betrieb zur Kingspan-Gruppe. Seit 1. Januar 2023 firmiert man nun unter dem Namen **›Kingspan Light & Air GmbH‹**.

Die Auftragslage bezeichnet der Betriebsrat aktuell als zufriedenstellend. 2022 wurde mit einem sehr guten Ergebnis abgeschlossen. »Dass im Frühjahr der Auftragseingang etwas zurückgeht, ist bei uns nicht ungewöhnlich, wir hängen ja sehr stark an der Baubranche«, erläutert Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende.

Aktuell ist die Lage am Standort in Bad Salzuflen geprägt von erheblichen Umstrukturierungen. Bis Ende März soll alles zurechtgerückt sein. Grund für die Umbauten ist die Schließung des Standorts in Detmold. Dort waren rund 40 Kollegen beschäftigt, sowohl in der Fertigung als auch im Service und Vertrieb. Sie sind nun nach Bad Salzuflen gewechselt. Für die 40 Kollegen und ihre Arbeitsplätze muss Fläche geschaffen werden. Das heißt: Maschinen verlegen, neue Bereiche festlegen, Büros tauschen und mehr. Der ganze Betrieb ist also auf den Beinen. Kingspan hat zwei benachbarte Flächen gekauft, um für mehr Platz zu sorgen. Auf den Flächen stehen Hallen, die gerade saniert werden. In den Weingarten 1 ist der Versand bereits eingezogen, auch Teile der Fertigung sollen in den Weingarten 1 und 3 gehen.

Offen sind weiter Betriebsvereinbarungen. Dazu gehört eine Vereinbarung zum Thema »Temperaturen am Arbeitsplatz«. Im Fertigungsbereich, besonders beim Thermoforming, sind in diesem Sommer bis zu 43 Grad Celsius gemessen worden. Im Winter hingegen kühlen sich manche Arbeitsplätze auf um die 6 Grad Celsius ab. Der Betriebsrat sieht den Arbeitgeber in der Pflicht und drängt weiter auf eine Regelung. Bislang ist die Geschäftsführung aber nicht zu Verhandlungen bereit, da ja gesetzlich bereits alles geregelt sei.

Begonnen haben die Verhandlungen über die Nutzung einer Software namens ›Saleforce‹. Sie soll im Außendienst eingesetzt werden und Daten auf einen Blick bieten, zum Beispiel wer wann bei welchem Kunden war. »Für uns ist zu regeln, dass Persönlichkeitsrechte, Arbeitsschutz und Datenschutz nicht ausgehebelt werden«, erläutert Halil Annac.

In der Schwebe ist auch eine Betriebsvereinbarung zum »Jobrad«. Während die Verhandlungen bei Coko wahrscheinlich kurz vor dem Abschluss stehen, tut sich die Geschäftsführung bei Kingspan schwer, ein Abschluss ist noch nicht in Sichtweite.

Gut angenommen wird die neue Regelung, dass Beschäftigte vom Betrieb Arbeitskleidung bekommen. Ist sie verschlissen, wird sie gegen neue getauscht. Für einen Eigenanteil können zusätzliche Shirts und Hosen erworben werden.

recht praktisch

Sozialberatung ist wieder gestartet

Sozialberatung hat bei der IG Metall Detmold gute Tradition. Sie war in den vergangenen zwei Jahrzehnten eng mit Sonja Volmer verbunden. Einfach, weil sie diejenige war, die in der Geschäftsstelle umfangreich und kompetent in solchen Fragen unterstützte. Ende 2019 ging sie allerdings in Altersteilzeit. Damit entstand eine Lücke, niemand war in der Lage, die Sozialberatung fortzusetzen. Das hat seit dem 1. März 2023 ein Ende. Denn: Sonja Volmer ist wieder da. Nicht mehr als Verwaltungsangestellte auch mit besonderen Aufgaben, sondern als Honorarkraft. Immer montags von 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr.

Ganz aktuell gibt es das neue Bürgergeld. Vieles ist vom ungeliebten »Hartz IV« übernommen, einiges aber auch neu geregelt. Es geht in der Beratung aber auch um die Grundsicherung im Alter, um Renten, Anspruch auf Schwerbehinderung, Erwerbsminderung und um das Arbeitslosengeld I. Sonja Volmer prüft dann, erklärt, wie Fragen gemeint sind, hilft beim Ausfüllen, gibt Tipps, was noch beantragt werden könnte, leitet an den DGB-Rechtsschutz weiter, wenn es etwa um Widersprüche geht. Das macht sie mit der Erfahrung von vielen Jahren und einer soliden Ausbildung. In einem Fernstudium hat sie sich das Sozialrecht draufgeschafft.

»Mitgliedern, die Probleme haben oder gar in Not geraten, beratend zur Seite zu stehen, ist unser Anspruch als IG Metall«, sagt Daniel Salewski, »mit unserer Sozialberatung können wir da einen wichtigen Beitrag leisten, zumal solche Angebote rar sind«.

➲ Wer einen Termin vereinbaren will, melde sich bitte in der Geschäftsstelle bei Nicole Wegener, Telefon 05231. 991915

Entgelte vergleichen

Das Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG) verbietet es einem Arbeitgeber, bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit, Frauen und Männer unterschiedlich zu bezahlen (siehe unten: »Equal Pay«). Um dies überprüfbar zu machen, haben Beschäftigte den Anspruch, vom Arbeitgeber Auskunft darüber zu verlangen, was eine vergleichbare Person anderen Geschlechts im Betrieb verdient. Auf dieser Grundlage kann hinsichtlich einer etwaigen Lohndifferenz dann eine Zahlung verlangt werden. Wer eine Auskunft will, wende sich an den Betriebsrat. Bislang machen nur wenige Beschäftigte von dem Gesetz Gebrauch.

Immer noch 7 Prozent Unterschied

Der Arbeitgeber, der nun vor dem BAG verloren hat, war die Photon Meissener Technologies GmbH aus Sachsen. Die hat sogar seit 2018 einen Haustarifvertrag mit der IG Metall. Grundsätzlich schützen Tarifverträge, weil sie die Lohn- und Gehaltsgruppen beziehungsweise Entgeltgruppen mit entsprechenden Beschreibungen vorgeben und dabei selbstverständlich nicht nach Geschlecht trennen, sondern nur die Tätigkeit und eventuell noch die notwendigen Qualifikationen beschreiben. Allerdings besteht der Schutz auch nicht zu 100 %. Denn in diesem Fall war es so, dass der Arbeitgeber den männlichen Beschäftigten in eine höhere Entgeltgruppe eingruppierte. Es ist also an den Betriebsräten, sehr genau hinzuschauen und im Zweifel die Zustimmung zu verweigern, da sie nach dem Betriebsverfassungsgesetz bei Eingruppierungen ein Mitbestimmungsrecht haben (§99).

Am 7. März 2023 war in Deutschland »Equal Pay Day«. Der ist immer noch nötig. Das Gender-Pay-Gap liegt nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bei 18 Prozent. Frauen verdienen durchschnittlich 20,05 pro Stunde und damit 4,31 Euro weniger als Männer. Frauen arbeiten stärker in prekären Berufen und in Teilzeit, um sich parallel um Kinder zu kümmern oder Angehörige zu pflegen. Doch der sogenannte »Bereinigte Gender-Pay-Gap«, der unterschiedliche Qualifikationen, Ausbildungshintergründe und Alter herausrechnet, beträgt immer noch sieben Prozent.

Einmal den ganzen Regenbogen sehen

Waldemar Kloos ist seit vergangenem Jahr Betriebsrat bei Coko. Sein Hobby, auch wenn es zur Zeit ruht, ist die Fallschirmspringerei. Er hat gelernt, wie wichtig es ist, nicht zu hetzen und immer der Sicherheit den Vorrang zu geben.

Waldemar Kloos: eine unbeschreibliche Freiheit.

Waldemar Kloos arbeitet und lebt in Bad Salzuflen – und das sehr gerne. »Ich fühle mich sehr wohl hier, ich brauche kein Großstadtgeflüster«, sagt der 36-Jährige. Sehr glücklich ist er auch in seiner Beziehung. Zur Arbeitsstelle hat er es nicht weit, er ist bei Coko beschäftigt. Von 2006 bis 2010 zunächst als Leiharbeiter, dann ist er von Coko übernommen worden. Heute richtet er dort Maschinen ein.

Du bist jetzt auch im Betriebsrat. Wie ist es dazu gekommen?

Im vergangenen Jahr habe ich mich zum ersten Mal aufgestellt und bin gleich gewählt worden. Zuvor war es so, dass ich zwar wußte, dass wir einen Betriebsrat haben, die Hintergründe kannte ich aber nicht. Ich arbeite in drei Schichten und habe zu vielen Kollegen Kontakt. Schon da habe ich versucht, zu helfen. Heute, nach einem Jahr Betriebsrat, kann ich sagen, dass ich froh bin, die Entscheidung zu kandidieren, getroffen zu haben. Jetzt kann ich noch mehr für die Kollegen tun. Und ich kann mich dank der IG Metall weiterbilden. Innerhalb des Betriebsrats bin ich ansprechbar für alle. Als Schwerpunkt bin ich zudem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Und ich will mich verstärkt für die betriebliche Suchtprävention einsetzen. Wer da Beratung sucht, kann mich künftig ansprechen. Auch bereiten wir dazu eine Betriebsvereinbarung vor. Sucht kommt häufig vor, aber niemand will seinen Arbeitsplatz deswegen verlieren. Der Betriebsrat ist da sicherlich eine gute Adresse, um Hilfen außerhalb des Unternehmens zu vermitteln.

Du hast auch ein spannendes Hobby. Du bist Fallschirmspringer.

Ein Fallschirmspringer mit panischer Höhenangst! Das erläutere ich später. Zunächst aber muss ich sagen, dass ich seit inzwischen fünf Jahren nicht mehr gesprungen bin. Aber ich bin mir sicher, dass ich wieder springen werde. Die Ausrüstung liegt bereit und die Fallschirmspringer-Lizenz gilt auf Lebenszeit.

Meinen ersten Sprung habe ich 2012 gemacht. Viele Jahre habe ich meine Wochenenden während der Saison praktisch im Wohnwagen auf dem Flugplatz in Höxter verbracht. Das geht heute nicht mehr – der Pächter hat gewechselt und die Bedingungen sind schlecht geworden. Ich war sogar Erster Vorsitzender im Fallschirmsprungverein Höxter. Aber die Strukturen haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend aufgelöst, weil wir nicht mehr verlässlich auf dem Flugplatz in Höxter springen können. Das ist sehr bedauerlich. Wir Fallschirmspringer waren dort wie eine Familie, von den 80 Mitgliedern waren dort jedes Wochenende bis zu 50, die wie ich gesprungen sind. Jetzt müsste ich weit fahren, um überhaupt springen zu können. Der nächste Flugplatz, der mir zusagt, ist in Soest. Ein langer Weg, verbunden mit der Unsicherheit, ob das Wetter überhaupt passt. Also lass ich es zur Zeit sein.

Wie ist es, zu springen?

Es ist kurz gesagt die absolute Freiheit. Meine Höhenangst ist immer noch da, wenn ich beispielsweise auf einer Leiter stehe. Da sehe ich den Boden, habe einen Bezug zur Erde und denke, dass das aber ziemlich weh tun kann, runterzufallen.

In 4.000 Metern Höhe ist das anders. Dort ist der Boden keine wirkliche Bezugsgröße mehr. Von oben sieht alles aus wie gemalt. Die Luke im Flugzeug geht auf, es ist laut und kalt, ich bin voller Adrenalin und freue mich einfach nur. Ich sehe Seen, die wie Silberspiegel scheinen. Ich sehe Regenbögen, die tatsächlich kreisrund sind. Es ist ein unbeschreiblicher Ausblick und ein unglaubliches Gefühl. Der freie Fall dauert dann 40 bis 60 Sekunden, danach löse ich den Fallschirm aus. Der Gleitflug dauert dann nochmal 4 bis 6 Minuten, Waghalsige verkürzen das auf bis zu einer Minute. Im freien Fall bin ich in der Spitze je nach Körperhaltung über 300 Kilometer schnell, dann bremst der Schirm auf rund 50 Kilometer in der Stunde runter. Per Funk halte ich Kontakt zum Boden, ich bekomme Hinweise, ob ich korrigieren muss, um nicht etwa in einem Wald zu landen.

Gibt es was, was Du aus der Fallschirm- in die Arbeitswelt übertragen hast?

Niemals zu hetzen! Ich hatte tatsächlich schon einen Unfall, der letztlich glimpflich ausgegangen ist, bei dem ich mir aber das Genick hätten brechen können. Und das alles nur, weil ich den Fallschirm, die Züge und Seile schlampig gepackt hatte. 15 Minuten zuvor hatte ich einen Sprung und wollte gleich nochmal springen. Der Fallschirm hat dann verzögert geöffnet, ich hatte meinen Körper überspannt und bin abrupt und extrem runtergebremst worden.

Eigensicherung bedeutet im Betrieb immer auch, das Arbeitsumfeld für die Kollegen sicher zu gestalten. Jeder kleine Fehler beim Maschineneinrichten oder sonstwo kann Folgen haben, Werkzeuge können abstürzen, Menschen verletzt werden. Es ist also wichtig, die Sicherheitsvorschriften zu beachten, sich immer auf eine Sache zu konzentrieren und nicht schon im Kopf bei der nächsten Maschine oder Aufgabe zu sein. Ich lasse mich da nicht mehr stressen, auch wenn es Zeitdruck gibt. Die Sicherheit geht einfach vor.

Glückskuchen von Dajana

Was Du brauchst: Für den Knetteig: Mehl 425 g, Kakaopulver, 40 g, Backpulver 3 TL (gestrichen), Zucker 180 g, Vanillinzucker, 2 Päckchen, Eier 2 Stk., Butter oder Margarine 220 g. | Für die Füllung: Butter oder Margarine, 300 g Magerquark, 1 kg Zucker, 230 g Vanillinzucker, 2 Päckchen Vanillepuddingpulver, Eier 4 Stk. | Zuerst für die Füllung 300 g Butter schmelzen und abkühlen lassen. Den Backofen auf 160 - 180 Grad (oder Heißluft 140 - 160 Grad) vorheizen. Ein Backblech mit 30 x 40 cm Größe mit Backpapier auslegen (alternativ das Blech fetten). Man kann auch ein normales Backblech verwenden und einen Backrahmen mit 30 x 40 cm daraufstellen.

Für den Knetteig: Mehl, Kakao und Backpulver mischen. Dann die übrigen Zutaten für den Knetteig dazugeben. Mit den Knethaken des Handrührgeräts erst auf niedriger Stufe, dann auf höchster Stufe gut durchrühren. Zuletzt mit den Händen auf bemehlter Arbeitsfläche kurz durchkneten. 2/3 des Teigs auf dem Backblech ausrollen.

Für die Füllung Quark, Zucker, Vanillinzucker, Puddingpulver, Eier mit dem Handrührgerät verquirlen. Die inzwischen abgekühlte flüssige Butter unterrühren. Die Masse dann auf dem ausgerollten Teig verteilen und glatt streichen. Das restliche 1/3 Knetteig in Stückchen zupfen und auf der Quarkmasse verteilen. Den Kuchen im vorgeheizten Ofen auf mittlerer Schiene ca. 45 Minuten backen. Anschließend herausnehmen und erkalten lassen. Guten Appetit!

Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Thomas Bergmann, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S.1 DGB, S.2 oben pixabay, S.2 unten: IG Metall, S.3 unten Manfred Horn, S.4 privat

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSERKLÄRUNG Auch möglich unter **www.igmetall.de/beitreten** Eintrittsdatum T T M M J J J J

Name **Vorname** **Geburtsdatum** T T M M J J J J **Geschlecht** weiblich männlich **Mobiltel.** dienstlich privat **Telefon** dienstlich privat

Straße **Hausnr.** **Land** **PLZ** **Wohnort** **E-Mail** dienstlich privat **Staatsangehörigkeit**

Ich bin Vollzeit beschäftigt Teilzeit beschäftigt in Altersteilzeit Arbeitsphase in Altersteilzeit Freistellungsphase Solo-Selbstständig

Betrieb / Einsatzbetrieb PLZ Ort Personal- /Stammnummer Kostenstelle

Leihbeschäftigte*r mit Werkvertrag befristet von: bis: Verleihbetrieb:

Ich bin derzeit Auszubildende*r Dual Studierende*r Student*in Schüler*in Ferienbeschäftigte*r von: bis: wenn Student*in, Hochschule:

IBAN

durchschn. mtl. Bruttoeinkommen, davon 1 % Mitgliedsbeitrag = **Mitgliedsbeitrag**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1 % vom durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen. Studierende und Schüler*innen ohne Beschäftigung zahlen 2,05 Euro. Anspruch auf Leistungen besteht nur bei satzungsgemäßem Beitrag.

Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.

Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **www.igmetall.de/datenschutz**.

SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Migliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Stand Mai 2022

X Ort/Datum/Unterschrift